

## **SPERRFRIST:**

**9. Mai 2022, Redebeginn**

## **REDE**

Es gilt das gesprochene Wort!

### **Yasmin Fahimi**

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**9. Mai 2022**

22. Ordentlicher Bundeskongress, Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

große Aufgaben geht man am besten mit Selbstbewusstsein und Zuversicht an. In unseren Organisationen, in unserem DGB ist beides zuhause. Selbstbewusstsein und Zuversicht. Und das mit gutem Grund.

Kolleginnen und Kollegen,

- wir prägen die Arbeitswelt,
- wir prägen Politik und Gesellschaft,
- wir setzen Standards für Gute Arbeit.

In unserem Land, aber auch weltweit. Wir sind für die Menschen da!

Betriebe und Dienststellen, in denen wir mitbestimmen und mitgestalten, sind in jeder Hinsicht erfolgreicher und menschlicher:

- Wir sichern wirtschaftlichen Erfolg und nachhaltigere Geschäftsmodelle.
- Wir schaffen bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und Gehälter.

Wir sind Schutzmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und fordern das Sicherheitsversprechen des Sozialstaates ein! Dieser Auftrag hat nichts an Aktualität verloren. Im Gegenteil! In unserer Zeit fundamentaler Veränderung ist gewerkschaftliche Gestaltungskraft dringend notwendig, genauso wie gewerkschaftlicher Schutz. Wir werden dafür sorgen, dass es auch in der Transformation gerecht zugeht und der soziale Frieden gesichert bleibt. „Zukunft gestalten wir!“ Nichts weniger ist unser Maßstab! Das ist die Botschaft, die von diesem Parlament der Arbeit ausgehen soll.

„Zukunft gestalten wir!“ – Hartnäckig, kämpferisch und erfolgreich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Als Wertegemeinschaft schafft erst unsere Gewerkschaftsbewegung die Voraussetzungen für eine moderne und weltoffene Gesellschaft.

- Wir wollen echte Chancengerechtigkeit, damit jeder Mensch seinen Lebensweg selbstbestimmt gehen kann.
- Wir wollen eine diskriminierungsfreie Gesellschaft: Jeder Mensch kann und darf sein, wie sie oder er sein möchte.
- Solidarität ist unser oberstes Gebot: Jeder Form von Hass und Hetze erteilen wir eine klare Absage.

Wir leben eine Kultur der Vielfalt:

- Der Schlosser Ali kann schwul sein.
- Marianne heißt nicht nur die Erzieherin, sondern auch die Personalchefin.
- Holger ist ein großartiger Ingenieur – und keinen interessiert es, dass er im Rollstuhl sitzt.

Wir begegnen uns auf Augenhöhe, in Respekt und ohne abwertende Klassifizierung in unterschiedliche Gruppen. Wir sagen: Mach meinen Kumpel nicht an und – und Hände weg von unseren Kolleginnen!



Es gibt keine andere Organisation, in der Toleranz und Vielfalt so selbstverständlich gelebt werden wie in einer Gewerkschaft. Das ist unsere demokratische Kultur, die wir gemeinsam schätzen und hochhalten und auf die wir alle stolz sein dürfen. Und so werden wir auch die neuen Aufgaben der Transformation angehen.

Ich wünsche mir, dass wir unsere Vielfalt sichtbarer ins Schaufenster stellen. „Wir Frauen sind frei!“ Das haben wir nicht nur gestern in der Eröffnung gesungen, sondern das leben wir jeden Tag! Unsere Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter können eine prominente Stimme der Menschen mit Behinderung sein. So viele Kolleginnen und Kollegen, die als „Gastarbeiter“ gekommen sind, sind erst durch die gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben wirklich heimisch geworden. Sie und ihre Kinder sind heute oft in unseren Reihen aktiv. Deshalb sind wir Integrationsweltmeister.

Warum zeigen wir das alles nicht stärker?

Gewerkschaft – das ist eine hoch moderne Idee.

- Die Idee, dass nicht über mich bestimmt wird, sondern nur mit mir.
- Die Idee, dass man sich zusammentut und zusammenhält.
- Und die Idee, Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Davon müssen wir jede Generation neu überzeugen!

Und wir können das. Die Gewerkschaften unter dem Dach des DGB sind die mitgliederstärksten politischen Organisationen in Deutschland. Wir erreichen die Jugend wie keine andere politische Organisation – mehrere zehntausende neue Eintritte jährlich! Und immer noch gewinnen wir täglich 750 neue Mitglieder. Welche andere Organisation kann das von sich behaupten?!

Aber wahr ist auch: Wir haben schon deutlich bessere Zeiten gesehen. Und wir müssen dringend noch mehr Menschen für uns begeistern. Denn ohne unsere Mitglieder sind wir nichts. Unsere gewerkschaftliche Kraft gewinnen wir nur dadurch, dass wir die Solidarität der Vielen organisieren.

Wir sind eben keine staatliche Institution, die einfach selbstverständlich da ist. Wir sind auch keine Versicherung, die nur im Bedarfsfall Leistungen erbringt. Wir sind gelebte Solidarität. Um dies zu vermitteln, leistet ihr jeden Tag in den Betrieben hervorragende Arbeit. Und als DGB werden wir noch mehr tun, um Euch in dieser Überzeugungsarbeit zu unterstützen. In unserer Kommunikation und in unserer Themensetzung.

Der DGB-Zukunftsdialog ist dafür ein wichtiger Ansatz. Aufbauend darauf wollen wir gemeinsam mit den DGB-Bezirken, den Regionen und all den Kolleginnen und Kollegen, die sich ehrenamtlich in den DGB-Kreis- und Stadtverbänden engagieren, noch sichtbarer vor Ort werden. Wir werden unsere Themen besser bündeln und unsere Kampagnenfähigkeit weiter ausbauen. Mit einer bundesweiten Dialogtour, um mit den Menschen und Organisationen vor Ort ins Gespräch zu kommen, um Meinungshoheit und Mehrheiten für unsere Politik zu mobilisieren. Und so wie wir es beim Thema Wohnen schon gezeigt haben.

Um die nächsten Schritte konkret zu planen, laden wir Kolleginnen und Kollegen aus den DGB-Ebenen und den Mitgliedsgewerkschaften Ende Juni zu einem Kick Off nach Berlin ein. Mit dem klaren Ziel, unsere Gestaltungsstärke zu erhöhen. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten. Lasst uns gemeinsam mehr Schlagkraft entwickeln, für eine Zukunft, die wir mit unseren Werten ganz wesentlich prägen wollen.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor großen Aufgaben:

- Tarifbindung festigen
- Mitbestimmung modernisieren
- mehr Verteilungsgerechtigkeit durchsetzen
- eine bessere Aus- und Weiterbildung schaffen
- die überfällige Gleichstellung der Geschlechter voranbringen
- prekäre Beschäftigung bekämpfen
- die öffentliche Daseinsvorsorge stärken
- die Systeme sozialer Sicherheit zukunftsfest aufstellen

Diese Auflistung ließe sich ohne Weiteres fortschreiben. Und das alles unter den Bedingungen der sozial-ökologischen Transformation. Und während sich gleichzeitig neue Fragen von Krieg und Frieden stellen. Die Wucht dieser Themen erschlägt so manche. Umso entscheidender ist es nun, unsere Kräfte im DGB zu bündeln. Und zu tun, was notwendig ist, mit Geschlossenheit, Selbstbewusstsein und Zuversicht. Wir können gemeinsam ungeheuer viel bewegen.

Alle reden von einer beschleunigten Transformation, die wir brauchen. Eine Art neuzeitliches Apollo-Projekt. Einverstanden! Wen braucht es dafür dringender als die Beschäftigten in den Betrieben und Dienststellen?! Sie sind es, die wissen, wie es geht. Und das dann auch umsetzen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob bei der Transformation wirklich alle die gleichen Ziele und Prinzipien verfolgen.

Kein Zweifel: Wir wollen und werden mit Nachdruck daran arbeiten müssen, dass ein weiterer Klimawandel katastrophalen Ausmaßes abgewendet wird. Wir stehen hinter dem Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Zeit ist vorbei, in der man sich angeblich für Klimaschutz oder für Arbeitsplatzsicherung entscheiden musste. Heute ist eine andere Frage unbeantwortet: Schaffen wir einen Wandel, der für alle – auch die Schwächsten im Land – Vorteile bringt? Ein Wandel, der nur ökologischen oder nur ökonomischen Maximen folgt und den lästigen sozialen Reparaturbetrieb uns oder den Sozialkassen überstülpt, ist keine verantwortliche Gestaltung der Zukunft. Diese Rollenverteilung machen wir nicht mit.

Weder verschließen wir uns innovativen Ideen noch anspruchsvollen Zielen einer Nachhaltigkeitsstrategie. Aber sozial gerecht muss es dabei zugehen, das ist unverhandelbar. Die große Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann und will sich weder Einkommens- noch Energiearmut leisten. Deswegen wollen wir, gerne und gemeinsam mit gesellschaftlichen Bewegungen, über Ideen und Optionen für eine erfolgreiche Transformation diskutieren. Denn auch uns tun Perspektivwechsel gut.

Wir laden ein zu Gestaltungscoalitionen. In der Politik, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft.

Wir wollen einen Aufbruch,

- der unsere Wirtschaft demokratischer macht,
- der unsere Gesellschaft widerstandsfähiger gegen Krisen macht,
- der unsere Wirtschaft und unsere Lebensart nachhaltiger macht,
- der unser Zusammenleben freier, sicherer und menschlicher macht.

Einen solchen Aufbruch gibt es nur mit einer starken Gewerkschaftsbewegung.

Unser Wirtschaftsstandort lebt von eng vernetzten Wertschöpfungsketten, von guten Fachkräften und eben auch von einer sicheren Energieversorgung – weit über die energieintensiven Branchen hinaus. Wir haben jetzt schon erhebliche, täglich spürbare Schwierigkeiten wegen der aktuellen Engpässe in den Lieferketten. Aber ohne sichere Energieversorgung würden die Wertschöpfungsketten an unserem hoch effizienten Standort sehr schnell in die Knie gehen. Und viele wären unwiderruflich verloren!

Wenn morgen die chemische Industrie stillsteht, gibt es weder für die pharmazeutische Industrie noch für die Landwirtschaft Ammoniak. Es gibt keine Fläschchen für den Corona-Impfstoff, keine High-Tech-Kunststoffe und Lacke für Windkraftträder, keine Batterien für Elektroautos und keine Dämmstoffe für die energetische Gebäudesanierung.

Ein ersatzloser Stopp der russischen Gaslieferungen hätte außerdem massive Auswirkungen auf die Nahrungsmittelherstellung. Die Ernährungsindustrie ist nach der chemischen Industrie der zweitgrößte industrielle Gasverbraucher in Deutschland. Gleiches gilt für Produktionseinbrüche in der Zement- oder Glasindustrie. Das Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, können wir dann schlichtweg vergessen.

Keine Frage: Wir müssen so schnell raus aus unserer Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, wie es eine gesicherte Versorgung zulässt. Das bedeutet aber auch, dass der Umstieg auf Erneuerbare Energien jetzt politisch mit deutlich mehr Konsequenz vorangetrieben wird. Und das bedeutet, dass wir in diesen Umstrukturierungsprozess unbedingt den gewerkschaftlichen Blick einbringen müssen, damit das am Ende nicht auf Kosten unserer Leute geht. Kurzfristiges Handeln und längerfristige Orientierung müssen in Politik und Regierung besser zusammengebracht werden, als das in der Vergangenheit gelungen ist.

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen einen grundlegenden Umbau unserer Wirtschaft. Wir wollen eine Strukturentwicklung, die für die Regionen neue Perspektiven eröffnet für Gute Arbeit. Die Transformation gelingt mit uns. Oder sie gelingt gar nicht.

- Wir können für einen solidarischen Ausgleich der Chancen und Risiken sorgen.
- Wir wissen, wie eine nachhaltige Gestaltung der Arbeitswelt geht.
- Wir stehen für gesellschaftliche Wachstumsziele.

Die Transformation gelingt in den Regionen. Oder sie gelingt gar nicht.

- In den Regionen wissen wir, was wirklich anschlussfähig ist.
- In den Regionen müssen wir die vorhandenen Fachkräfte nutzen und einbinden, um Transformation konkret zu machen.
- In den Regionen müssen wir flächendeckend in Transformationsbeiräten am Tisch sitzen. Zusammen mit den Arbeitgebern, der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern.
- Und in den Regionen muss man auch über die finanziellen Mittel verfügen, um Zukunft konkret gestalten zu können.

Die Transformation gelingt nur gemeinsam. Oder sie gelingt gar nicht.

- Die branchenübergreifende, investitionsorientierte und regionale Strukturpolitik ist ein entscheidender Schlüssel der Zukunftsgestaltung.
- Investitionen aus öffentlicher und privater Hand in leistungsfähige Strukturen müssen in den Regionen ganzheitlich und gemeinschaftlich beraten werden.

Wir wollen einen Gesamtentwurf für eine gelungene Transformation.

Dazu brauchen wir mehr Gemeinwohlorientierung und eine funktionierende Daseinsvorsorge für die grundlegenden Versorgungsansprüche des täglichen Lebens. Und das gilt erst recht, wenn Leistungen aus unseren Beiträgen zur Sozialversicherung finanziert werden. Der Transformationsalltag sieht leider viel zu oft anders aus.

Ein Beispiel dazu aus dem Gesundheitswesen: Im Zeichen der Globalisierung drängen immer mehr Private-Equity-Gesellschaften auf den deutschen Gesundheitsmarkt. Sie verdrängen gute, tarifgesicherte Arbeitsplätze in den öffentlichen Krankenhäusern und machen in ihrer Gier auch vor Arztpraxen nicht Halt. So entsteht eine neue Un-Kultur der Gesundheitsversorgung: Maximal hohe Rendite statt maximal guter Versorgung von Menschen.

Das gehört sich nicht, das ist weder gerecht noch sozial, das wollen wir hier nicht haben, Kolleginnen und Kollegen! Das ist nicht Fortschritt, sondern Rückschritt. Und deshalb gehört das ohne Wenn und Aber zurückgedreht.

Transformation braucht auch eine funktionierende öffentliche Verwaltung und einen starken Rechtsstaat. Wer soll denn sonst Wohnungsbau, Ausbau der Infrastruktur oder wirtschaftliche Ansiedlungen schnell und möglichst unbürokratisch prüfen und genehmigen? Wir brauchen bei der Digitalisierung auch mehr Schutz gegen Cyberkriminalität. Ohne einen funktionierenden Rechtsstaat inklusive der Ermittlungsbehörden und der Polizei geht das aber nicht.

Fazit: Einen abgespeckten Staat können sich nur Reiche leisten. Unser Anspruch ist stets für gute Arbeits- und Lebensverhältnisse zu sorgen. Und das wollen wir für alle Beschäftigten! Der Bedarf an guten und bezahlbaren Dienstleistungen wächst. Er stabilisiert die wirtschaftliche Entwicklung und schafft neue Beschäftigung. Umso unverständlicher ist für mich die augenblickliche Diskussion um die öffentlichen Schulden.

Der Begriff ist schon grundfalsch. In den Unternehmen spricht man von Fremdfinanzierung, und wer privat baut, nimmt eine Hypothek auf. Niemand findet das anrühlich, sondern vernünftig. Entscheidend ist immer, wofür das Geld ausgegeben wird. Investitionen in die Zukunftsvorsorge sind etwas ganz Anderes als Verschwendung, wie zum Beispiel im Beschaffungswesen der Bundeswehr.

Es ist die starre Fixierung auf die sogenannte Schuldenbremse, die längst aus der Zeit gefallen ist. Das ist nichts anderes mehr als eine ideologische Bremse gegen einen aktiven Staat und gegen eine sozial verantwortliche Gestaltungspolitik. Wir werden unsere Kraft und unser Gewicht einbringen, um die Gefahr einer finanzpolitischen Selbst-Lähmung zu bannen.

In einer Zeit des dramatischen Wandels in hohem Tempo brauchen wir eine dynamische Investitionsstrategie der öffentlichen Haushalte. Und das werden wir einfordern. Wer große Aufgaben lösen will, der braucht Gestaltungswillen und Gestaltungsmacht. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern beruht unsere Stärke aber nicht nur auf Organisationsgrad und Mobilisierungsfähigkeit. Wir können uns darüber hinaus auf garantierte Rechte stützen.

- Auf Mitwirkungs-,
- Mitbestimmungs- und
- Mitgestaltungsrechte.

Rechte, mit Verfassungsrang! Das ist eine der wesentlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft.

Es geht dabei nicht zuletzt um die Zukunft von Unternehmen und die Sicherheit der Arbeitsplätze, die viel zu häufig dem schnellen Profitinteresse geopfert werden. Deshalb brauchen wir echte Mitbestimmung bei Entscheidungen von strategischer Qualität im Unternehmen.

Lippenbekenntnisse zur Sozialpartnerschaft reichen uns nicht!

- Wir fordern echte Parität in allen Aufsichtsräten ab 1.000 Beschäftigten.
- Und es muss Schluss sein mit der Mitbestimmungsflucht innerhalb Europas!

Unternehmen sind keine konstitutionelle Monarchie. Erst die Mitbestimmung macht sie zum Teil der Demokratie!

Und deswegen muss das doppelte Stimmrecht des Vorsitzenden in Aufsichtsräten endlich fallen. In der Pandemie hat sich erneut gezeigt, wie leichtfertig manchmal Standorte geschlossen werden. Nicht weil sie unwirtschaftlich wären. Sondern weil man glaubt, in der allgemeinen Krisenstimmung unter dem Radar fliegen zu können und renditegesteuerte Entscheidungen mal eben gegen die Arbeitnehmerbank durchdrücken zu können. Beispiele wie der Willkür-Akt bei Conti unterstreichen, wie wichtig echte Mitbestimmung ist.

Bei allen Entscheidungen von strategischer Tragweite muss ein Schlichtungsverfahren erzwingbar sein, wenn die Kapitalbank nicht anders zur Vernunft kommt. Wir brauchen eine umfassende Modernisierung und Entstaubung der Unternehmensmitbestimmung auf allen Ebenen. Und das schließt ausdrücklich eine Reform der europäischen Aktiengesellschaften mit ein! Es war doch nie Ziel der europäischen Richtlinie, Schlupflöcher zu schaffen. Es war und ist das erklärte Ziel, die nationalen Mitbestimmungsrechte zu schützen.

Ich stelle heute fest: Dieses Ziel wird krachend verfehlt! Das sogenannte Vorher-Nachher-Prinzip bei SEs ist absolut kontraproduktiv. Das führt dazu, dass es beispielsweise bei der Vonovia, der LEG Immobilien oder bei Zalando mit tausenden von Beschäftigten einfach gar keine Mitbestimmung gibt. Vier Fünftel der inzwischen entstandenen SEs haben keinen mitbestimmten Aufsichtsrat. Davon sind mehr als 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen – mit seit Jahren steigender Tendenz. Ich nenne das einen offenen Angriff.

- Auf das Modell einer Wirtschaftsordnung mit sozialer Verantwortung und demokratischer Gestaltung.
- Auf die Prinzipien der sozialen Kooperation.
- Auf die Grundlagen gewerkschaftlicher Mitgestaltung.

Das können wir uns nicht bieten lassen, Kolleginnen und Kollegen.

Die Flucht vor der Mitbestimmung in europäische Aktiengesellschaften muss gestoppt werden! Das werden wir in Brüssel und in Berlin mit aller Vehemenz einfordern. Europa braucht mehr Mut, Macher und Mitbestimmung!

Auch bei der Tarifbindung erleben wir seit den 90er Jahren einen schleichenden Abwärtstrend.

Aus zwei Gründen:

1. Fundamentale politische Fehlentscheidungen bei der deutsch-deutschen Wiedervereinigung.
2. Die Absage viel zu vieler Arbeitgeber an Teilhabe, gewerkschaftliche Mitgestaltung und Sozialpartnerschaft.

Mitbestimmung und Tarifbindung waren keine Bedingung, um an die vielen Millionen zu kommen, die in die staatliche Förderung zum Auf- und Umbau der ostdeutschen Betriebe geflossen sind. Stattdessen wurde zugelassen, dass sich Ostdeutschland zum Experimentierfeld neoliberaler Träume entwickelte. Selbst das Bundeswirtschaftsministerium hat ausländische Investoren mit der Tariffreiheit in den neuen Ländern angeworben. Anpassungsdruck und Flexibilisierungswahn haben ganze Regionen in Niedriglohn-Gebiete verwandelt.

Komfortabel für den schnellen Profit. Desaströs für die Beschäftigten und den sozialen Frieden im ganzen Land. Gleichzeitig haben die Arbeitgeberverbände immer mehr OT-Mitgliedschaften zugelassen und damit ihre eigene Sinnhaftigkeit und Existenzberechtigung geschwächt.

Kolleginnen und Kollegen, die garantierte Tarifautonomie ist die Anerkennung der autonomen Ausgestaltung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit. Es ist das Recht auf eigenständige Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen durch Tarifverträge. Es ist ein Auftrag des Gesetzgebers. Nicht das Recht auf Verweigerung! Wer sich der Tarifautonomie entzieht, vergeht sich an der Grundarchitektur einer sozial verantwortlichen Wirtschaft!

Diesen Zahn werden wir ihnen ziehen. Mit aller Entschlossenheit und mit der ganzen Kraft unserer gewerkschaftlichen Organisation. Mitbestimmung und Tarifverträge sind nicht irgendein demokratisches Zugeständnis. Wer sich Tarifverträgen verweigert, wer das Recht auf Mitbestimmung im Betrieb, im Unternehmen und der Dienststelle glaubt ignorieren zu können, der verurteilt die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Scheitern.

Sie wird nur mit den Beschäftigten und ihrer Kompetenz gelingen – und nicht gegen sie. Nur eine demokratisch gestaltete Transformation wird zur Erfolgsgeschichte! Daran muss sich auch jede Bundesregierung messen lassen. Und im Zweifel müssen wir die Arbeitgeber eben zu ihrem Glück zwingen. Nämlich die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern. Weil das öffentliche Interesse an fairer Bezahlung einhergeht mit volkswirtschaftlicher und sozialer Vernunft.

Es ist ein großer Erfolg, dass wir die 12 Euro Mindestlohn durchgesetzt haben. Dafür haben wir als Gewerkschaften lange gekämpft. Trotzdem ist es eine Schande, dass wir den Mindestlohn als Akt politischer Notwehr gegen Ausbeutung und Willkür-Lohn überhaupt brauchen. Denn das zeigt, die weit die Prekarisierung der Arbeitswelt mittlerweile um sich gegriffen hat. Das werden wir als DGB am 28. September bei einem bundesweiten Aktionstag weiter thematisieren.

Kolleginnen und Kollegen, gut, dass Hubertus Heil mittlerweile in der Altenpflege die Tarifbindung umgesetzt hat. Aber die Verweigerung von Arbeitgebern ganzer Branchen, die Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen anständig zu regeln, ist – wie wir alle wissen – kein Einzelfall.

- In der Fleischindustrie,
- im Transportgewerbe,
- in der Landwirtschaft.

Da kennen wir Arbeits- und Unterbringungsbedingungen, die unterscheiden sich nicht von den übelsten Ausbeuterverhältnissen zu Beginn der Industrialisierung. Diese Auswüchse werden wir zusammen mit Faire Mobilität weiter bekämpfen und skandalisieren.

Hauptziel ist und bleibt: die Tarifbindung muss gestärkt werden. Endlich, noch in diesem Jahr, wird die Bundesregierung das Vergaberecht so ändern, dass für alle öffentlichen Aufträge Tariftreue gilt. Ein riesiger Erfolg nach jahrelangen Kämpfen. Und nach vielen Etappensiegen in den Ländern. Dafür ein herzliches Dankeschön an die Bezirke!

Wir werden sehr genau darauf achten, dass unter die Tariftreue auch Sub-Sub-Sub-Unternehmer fallen. Tarifbindung ist aber auch ein europäischer Auftrag. Wir fordern eine neue Richtlinie der EU-Kommission. Sie muss alle Mitgliedsländer zu einem Nationalen Aktionsplan verpflichten, wenn die jeweilige Tarifbindung der Beschäftigten unter 80 Prozent fällt. Dann muss aktiv gegengesteuert werden von den jeweiligen Regierungen. Weil das keine Petitesse ist, sondern ein Grundpfeiler des sozialen und demokratischen Selbstverständnisses der Europäischen Union. Zusammen mit dem europäischen

Mindestlohn wäre das ein zentrales Signal der sozialen Vertiefung der Europäischen Union. Und ein Signal, dass wir die Transformation in Europa auch als soziales Fortschrittsprojekt verstehen und behandeln.

Wenn die Transformation gelingen soll, dann nur mit mehr Demokratie. Das gelingt, wenn der Grundsatz gilt: Kollektives Recht schützt individuelles Recht und individuelle Freiheit. Die betriebliche Mitbestimmung und die Personalvertretung sind gelebte Demokratie am Arbeitsplatz.

Es sind die Personal- und Betriebsräte, die unseren Tarifverträgen Leben einhauchen, die ihre Umsetzung sichern. Nur um mal deutlich zu machen, worüber wir hier reden: In den noch laufenden Betriebsratswahlen geht es um die Mandate von 180.000 Kolleginnen und Kollegen in 28.000 Betriebsratsgremien. Hinzu kommen 220.000 Personalräte im öffentlichen Dienst. Davon brauchen wir noch mehr!

Wir fordern eine grundlegende Reform der Betriebsverfassung – und haben dafür einen Reformentwurf vorgelegt, um der Politik die Arbeit zu erleichtern. Was die Regierungsparteien der Ampel im Koalitionsvertrag vereinbart haben, ist zwar ein erster Schritt. Er reicht uns aber lange nicht aus. Es ist jetzt fünfzig Jahre her, dass das Betriebsverfassungsgesetz zuletzt grundlegend reformiert wurde. Es braucht dringend ein Update, um den Herausforderungen der sozial-ökologischen und digitalen Transformation gerecht zu werden.

Deshalb fordern wir die Politik und die Bundesregierung auf:

- Löst endlich den lähmenden Modernisierungstau in der Mitbestimmung auf.
- Gebt uns harte Initiativ- und Mitbestimmungsrechte und somit die Instrumente an die Hand, die Probleme zu lösen, die sich den Beschäftigten und den Betrieben bzw. Verwaltungen in der modernen Arbeitswelt in besonderem Maße stellen.

Und die Spaltung in sogenannte Kern- und Randbelegschaften muss ein Ende haben. Wir fordern die Einbeziehung weiterer Personengruppen wie Werkvertragsbeschäftigte in das Mitbestimmungsrecht.

Es ist gut, dass der Koalitionsvertrag endlich das digitale Zutrittsrecht der Gewerkschaften stärken will. Aber wir wissen auch, dass die Gründung von Personal- und Betriebsräten immer noch viel zu häufig am rechtswidrigen Widerstand der Arbeitgeber scheitert. Wir begrüßen es sehr, dass zukünftig Union-Busting als Officialdelikt eingestuft und von Schwerpunktstaatsanwaltschaften verfolgt wird. Aber wir brauchen darüber hinaus einen noch umfassenderen Kündigungsschutz für Beschäftigte, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Das ist leicht umsetzbar, unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Und das kostet nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unzweifelhaft ist die Gewerkschaftsbewegung stets eine Bewegung für die Gleichberechtigung der Geschlechter gewesen. Und ich werde jedenfalls auch alles dafür tun, dass wir das mit voller Kraft weiter sind. Nein! Dass wir noch lauter sind für die Rechte der Frauen in diesem Land. Für das Recht auf eine existenzsichernde und faire Beschäftigung und das Recht auf Selbstbestimmung:

- Weg mit der sachgrundlosen Befristung, den Mini-Jobs, den Teilzeitfallen
- Weg mit dem § 219a
- Und keine Milde bei Gewalt gegen Frauen in diesem Land!
- Wir wollen Brot UND Rosen!

Und hauptsächlich waren es mal wieder Frauen, die in der Krise ihre Arbeitszeit reduziert haben, um die Sorgearbeit sicherzustellen. Das muss Anerkennung erfahren. Aber wir wissen doch auch, dass es die Mitbestimmung ist, die am wirksamsten gegen diese Ungerechtigkeiten arbeitet. Es sind die Personal- und Betriebsräte, die sich dafür einsetzen, dass die Kolleginnen nicht in den Teilzeit-Fallen hängen bleiben und die im Entgeltausschuss für Lohngerechtigkeit sorgen. Und wir wissen auch: Wo Tarifverträge gelten, schrumpft die Entgeltlücke deutlich. Wir dürfen mit uns selbst nicht unkritisch sein. Aber klar ist doch: Dort wo uns mehr Mitbestimmung und Tarifbindung gelingt, gelingt uns auch mehr für die Stärkung der Frauen.

Unsere Volkswirtschaft lebt von ihrer Innovationskraft. Das gilt in der Transformation mehr denn je. Und Innovationen werden von Menschen gemacht. Es muss uns gelingen, jede Generation mit höchsten Ansprüchen auszubilden und – unabhängig vom Ausbildungsniveau – in der Arbeitswelt zu integrieren. Das ist eine der großen Erfolgsgeschichten des deutschen Berufsbildungssystems: die Garantie der gesellschaftlichen Teilhabe am Wohlstand für alle Bevölkerungsgruppen!

Ich messe die Qualität der Berufsausbildung vor allem an folgendem:

1. Schaffen wir für **alle** jungen Menschen Chancen?
2. Sichern wir durch gute Rahmenbedingungen, die Berufsperspektiven der kommenden Generationen?
3. Und haben sie die Chance, ihre eigenen Talente zu entdecken und tolle Persönlichkeiten zu werden?

Ja, ich kenne die bundesweiten Durchschnittszahlen von Ausbildungsplatzangeboten und -bewerbern. Und nein, der Jugendlichen aus Ostwestfalen, die Kauffrau werden will, ist nicht geholfen, wenn sie eine Ausbildung im Friseurhandwerk in Mecklenburg-Vorpommern annimmt. Ich will auch daran erinnern, dass die Berufswahlfreiheit ein in unserer Verfassung verankertes Recht ist: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen“, heißt es dort. Wenn das nicht blanke Theorie bleiben soll, ist es an der Zeit für ein umfassendes Ausbildungsversprechen.

- Die Ausbildungsgarantie ist überfällig.
- Und sie muss solidarisch finanziert sein – durch einen umlagefinanzierten Zukunftsfonds.

Kolleginnen und Kollegen, Bildung und Berufsbildung dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Und das gilt auch für Wohnungsangebote. Was in Hamburg und München geht, muss auch in Düsseldorf und Leipzig möglich sein. Danke an unsere Regionen, die in Hamburg und München großartige Projekte umgesetzt haben. Davon wollen wir mehr!

Ich fordere daher ein Programm Junges Wohnen, das Auszubildenden ebenso wie Studierenden bezahlbares Wohnen ermöglicht. Unter gleichen Bedingungen und am besten auch unter dem gleichen Dach. Ohnehin müssen wir dafür sorgen, dass die akademische und die berufliche Ausbildung nicht als hierarchische Bildungsklassen gesehen werden. Die Berufsbildung ist ein eigenständiger, ein erfolgreicher Bildungsweg in die Arbeitswelt und kein Restposten für weniger Talentierte. Zunehmend verwischen die traditionellen Grenzen zwischen klassisch beruflicher und akademischer Ausbildung ohnehin. Längst sind in Ausbildungsberufen etwa im Bereich der Gesundheit, Pflege und Erziehung akademische Lerninhalte eingebettet.

Umso mehr wäre es wünschenswert und angebracht, dass nun auch wirklich alle Schulgelder bundesweit entfallen. Mit solchen Relikten einer Ausbeutungsstrategie junger Menschen lässt sich weder der demographische Wandel erfolgreich gestalten, noch eine erfolgreiche Transformationsstrategie für Deutschland entwickeln, Kolleginnen und Kollegen.

Armut wird in diesem Land vererbt. Und das immer mehr. Jeder Armuts- und Reichtumsbericht stellt das fest. Und wir wissen, dass dies insbesondere an den ungleichen Bildungschancen für unsere Kinder liegt. Wir wissen, dass ausgerechnet die Schulen, in denen die besten Lehrkräfte gebraucht werden und die modernsten Lernkonzepte, immer noch am härtesten um gut bezahltes und ausreichend Personal kämpfen müssen. Wir wissen, dass frühkindliche Bildung in den Kitas durch Sprachförderung und multikompetente Teams vielen Ungleichheiten Abhilfe schaffen könnte.

Wie lange soll in diesem Land noch die Zukunft der Kinder verspielt werden, weil einigen die Schuldenbremse wichtiger ist als die Perspektiven unserer Kinder?! Wann kommt endlich die A13-Bezahlung für die Grundschullehrer?! Warum halten einige Länder immer noch am Drei-Klassen-Schulmodell fest?! Wider besseren Wissens, dass längeres gemeinsames Lernen ALLEN Kindern etwas bringt.

Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben. Echte Bildungschancen machen uns gleicher in der freien Wahl unseres Lebensweges. Heute sagen wir dazu Integration. Eine breite Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an Aus- und Weiterbildung ist aber nicht ohne Weiteres gewährleistet. Erfolgreiche Erwerbsbiografien sind immer mehr davon abhängig, dass es fortwährende Angebote für Qualifizierung gibt. Für alle!

Deshalb müssen wir:

1. Einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung durchsetzen.
2. Die Mitbestimmungsrechte bei Personalplanung und Weiterbildung weiter verbessern.
3. Die Qualität von Weiterbildung durch mehr Zertifizierungen sichern.

„Lernste was, dann kannst was. Kannst was, dann wirst was.“ Dieser Lernspruch galt in unserem Land über Jahrzehnte. Und eigentlich ist er immer noch richtig. Der beste Anreiz für Bildung ist eine glaubhafte Perspektive.

Qualifizierung und Weiterbildung bauen auch die Brücken in die Arbeitswelt von morgen. Sie sichern Beschäftigung und verlässliche Zukunftsperspektiven. Sie geben den Beschäftigten Sicherheit im Wandel. Weiterbildung und Qualifizierung sind elementar für eine sozial gestaltete Transformation.

Sozialer Fortschritt und eine sozial gestaltete Transformation: Das heißt für uns, dass es Verbesserungen für alle Menschen geben muss. Und am meisten für die Schwächsten. Sozialer Fortschritt bedeutet aber auch, dass wir alle Lebensleistungen angemessen würdigen. Deswegen geht es nicht allein um angemessene Transferleistungen. Wir wollen keinen karitativen Sozialstaat und keine öffentlichen Almosen. Es geht um eigene Versorgungsansprüche und gesicherte Teilhabe. Soziale Gerechtigkeit heißt, soziale Rechte zu stärken. Es heißt sich mindestens eine existenzsichernde Lebensgrundlage schaffen zu können – und dabei, wenn nötig, Unterstützung zu bekommen.

Und es heißt Anspruch auf biografische Selbstbestimmung. Ohne diese sozialen Rechte bleiben viele Menschen nur Bittsteller. Das werden wir niemals hinnehmen! Den Menschen in prekärer Beschäftigung fehlt es am allermeisten an Sicherheit, an finanzieller Freiheit und oft auch an frei verfügbarer Zeit, um ihr Leben zu leben. Ganze Familien sitzen fest in einer Falle aus Armut und Perspektivlosigkeit. Aber auch die Mittelschichten erfahren immer größere Einschränkungen.

Den Wechsel der Wohnung kann man sich nicht mehr leisten. Die Ausbildung der Kinder mit Unterbringung außerhalb des Elternhauses wird zu teuer. Der soziale Gerechtigkeitsstau ist inzwischen so groß, dass es nicht mehr reicht, sich immer wieder an einzelnen Themen abzuarbeiten. Ich bin fest überzeugt, dass wir eine größere, stärker koordinierte Initiative brauchen, um zu einer grundlegenden Wende zu kommen. Wir werden den Dialog weiter fortführen müssen für einen großen Masterplan aus einem Guss – für sozialen Fortschritt in unserem Land.

**DGB-Bundesvorstand** Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

[www.dgb.de](http://www.dgb.de) Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324

Einen Masterplan „Gute Arbeit - Gutes Leben“ können wir am besten schreiben:

- Wir wollen verlässliche und dauerhafte Programme von Bund und Ländern für bezahlbaren Wohnraum. Es muss Schluss sein mit dem Verscherbeln von Liegenschaften aus öffentlicher Hand und der reinen Marktmacht, wenn es darum geht, ein Dach über dem Kopf zu haben.
- Wir werden die gesetzliche Rentenversicherung als erste und wichtigste Säule der Alterseinkommen mit Zähnen und Klauen verteidigen.
- Wir wollen, dass alle Familien genug Luft haben, um ihr Glück zu genießen. Mit mehr Zeitsouveränität und einer Kindergrundsicherung, die tatsächlich die Kinderarmut in unserem Land beendet.
- Für Menschen mit Behinderung muss es endlich mehr Arbeitsplätze geben und deswegen muss die Ausgleichsabgabe endlich deutlich erhöht werden.

Und wir wollen endlich Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen; Kettenbefristungen drastisch einschränken; sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Mini-Jobs; ein Recht auf Weiterbildung und ein Transformations-Kurzarbeitsgeld; die Einführung eines echten Bürgergeldes und Schluss mit Sanktion und Gängelungen im Jobcenter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher: Ihr seht es mir nach, wenn ich es bei diesen Überschriften belasse. Wir werden sie in unserer Antragsberatung füllen. Und wir können auf die tollen Vorarbeiten zurückgreifen, die Elke, Stefan und Anja zu diesen Themen bereits geleistet haben. Aber klar ist doch, dafür haben wir die geballte Kompetenz in unseren Reihen.

Was uns stark macht, ist und bleibt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft.

Das heißt:

- Keine Zersplitterung nach parteipolitischer oder konfessioneller Orientierung wie in der Weimarer Republik.
- Keine berufsständischen oder Gruppenegoismen nach Art der GdL.

Die Einheitsgewerkschaft ist unser Leitbild, und damit sind wir im DGB gut gefahren.

- Wir konkurrieren nicht gegeneinander, sondern wir streiten miteinander und solidarisch für Gute Arbeit in allen Branchen.
- Wir treten gemeinsam für die Rechte der Beschäftigten gegenüber der Politik ein – parteipolitisch unabhängig, aber mit einem klaren Kompass für soziale Politik.

Die Dynamik der großen Veränderungen von Produktion und Dienstleistung, von Arbeitsplätzen, Betrieben und Branchen ist gewaltig. Einerseits verwischen bisherige Strukturen. Andererseits stehen nahezu alle Branchen vor ähnlich fundamentalen Fragen der Modernisierung.

Damit stellen sich auch für uns im DGB neue Herausforderungen.

- Wie organisieren wir über alle Wirtschaftszweige hinweg unsere gemeinsame Gestaltungsfähigkeit und Kompetenz?
- Wie ordnen wir unsere politischen Forderungen, nach welchen Prioritäten?
- Wie erhöhen wir unser Gewicht und unsere Durchschlagskraft in der öffentlichen Meinungsbildung und in der politischen Entscheidungsfindung?

Wir müssen es künftig besser schaffen, in die Gestaltung der Transformation unsere geballte Kompetenz einzubringen. Eine Kompetenz, die wir aus der täglichen gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben und Dienststellen gewinnen und die alle Branchen umfasst. Es gelingt uns, wenn wir uns weiter an das halten, was Wilhelm Leuschner uns aufgetragen hat am Abend vor seiner Hinrichtung: „Schafft die Einheit!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist ganz klar: Wenn wir über die neue soziale Frage reden, müssen wir auch über die Verteilung in diesem Land reden. Mich ärgert es sehr, wenn ich immer öfter höre: „Wir werden jetzt alle ärmer.“

Wer ist „wir“?! Bis jetzt gab es immer ein Ergebnis jeder Krise: Die Reichen werden reicher. Und die Armen werden ärmer!

Unser aller Gerechtigkeitsempfinden wird beleidigt, wenn die zehn reichsten Deutschen ihr Vermögen während der Pandemie noch einmal um 100 Milliarden Euro vergrößern konnten. Dabei besitzen sie schon zwei Drittel des Gesamtvermögens. Der Anstieg der Vermögen hat sich von der Entwicklung der Wirtschaftsleistung völlig entkoppelt. Die immer weiter auseinanderklaffende Einkommens- und Reichtumsschere gefährdet den sozialen Frieden. Diese schreiende Ungerechtigkeit muss endlich beendet werden!

Ich sage euch: Leistungsfreie Erlösen aus Vermögen, Immobilien und Spekulationen müssen stärker herangezogen werden für das Gemeinwohl! Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist überfällig!

Und vor dem Hintergrund der historischen Herausforderungen wäre auch zusätzlich eine Sondervermögensabgabe, im Zweifel in Form eines mehrjährigen Lastenausgleichs angemessen. Wann, wenn nicht jetzt, ist es Zeit für mehr Verteilungsgerechtigkeit?! Wieviel mehr historische Momente als die Pandemie und den Ukraine-Krieg brauchen wir, um endlich eine solche Maßnahme zu begründen?!

Und die Vermögenden würden eine neue Steuer kaum spüren. Bei einem Steuersatz von 1 Prozent ab einer Millionen Euro. Bei einem Steuersatz von 2 Prozent ab einer Milliarde Euro. Das brächte den Ländern pro Jahr rund 28 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen. Geld, das wir dringend brauchen, um den Investitionsstau der vergangenen 20 Jahre endlich zu beheben. Trotzdem predigt Finanzminister Christian Lindner immer noch seine zwei Gebote der Haushaltspolitik: Schuldenbremse und Schwarze-Null. Die Schuldenbremse bremst, ja richtig. Und zurzeit nur unsere Zukunftsperspektiven!

Also weg damit! Richtig gefährlich wird es, wenn Inflation und fehlendes Wachstum zusammentreffen! Dann sind wir mitten in der Deflation. Und dann wird unsere Wirtschaftskraft an die Wand gefahren. Deswegen muss jetzt investiert werden. Und wir lassen uns auch nicht den Unsinn einer Lohn-Preis-Spirale wegen der grassierenden Inflation aufquatschen, Kolleginnen und Kollegen! Die Inflation gibt es ist nicht wegen der Lohnentwicklung in Deutschland. Diese Inflation ist Ergebnis unverschämter Spekulationen, Wetten auf den Finanzmärkten, wie bspw. beim Öl. Und sie ist Ergebnis gestörter Lieferketten und verknappter Rohstoffe.

Wer jetzt Lohnzurückhaltung verlangt, will in Wahrheit nichts anderes, als die Krisenbewältigung allein den Beschäftigten aufzuladen. Das machen wir nicht mit!

Wir brauchen eine ganz andere Debatte. Nämlich über die Frage, wieviel Profit eigentlich noch anständig ist. Eine Debatte, wie sie die NGG mit ihrer Kampagne „Mensch vor Marge“ angestoßen hat. Weil Finanzinvestoren nun auch in einem so empfindlichen Bereich wie der Ernährungsindustrie ihren Renditehunger stillen wollen. Ausgerechnet mit Lebensmitteln. Und wie kann es eigentlich sein, dass es in diesem Jahr in börsennotierten Unternehmen Rekordausschüttungen von 70 Mrd Euro gibt?!

- 50 Prozent mehr als im Corona-Jahr 2020,
- und auch 23 Mrd. Euro mehr als im Rekordjahr 2019 vor der Corona-Pandemie.

Das ist die alltägliche Realität, so wie sie viel zu viele unserer Mitglieder erleben und die meilenweit entfernt ist von dem, was in Hochglanz-Broschüren an Corporate Social Responsibility gerne präsentiert wird.

Auch die Pandemie verlangt weiterhin nach einer vorsorgenden, weitsichtigen Politik. Denn das Virus ist noch da, und die Infektionszahlen können im Herbst und im Winter wieder steigen. Das bleibt also eine zusätzliche Herausforderung, so viel steht fest. Sie wird unsere Personal- und Betriebsräte weiterhin vor schwierige Aufgaben stellen. Ihnen ist zu verdanken, dass in den vergangenen Monaten die Stimmung unter den Beschäftigten nicht gekippt ist. Sie waren wichtige Vermittler und Versöhner in der aufgeheizten Debatte um die Corona-bedingten Einschränkungen in der Arbeitswelt und im Privatleben. Sie haben für praktischen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gesorgt. Sie haben nach konkreten Lösungen für Eltern gesucht, die sich plötzlich um die Kinder zuhause kümmern mussten, weil Schule und Kindergarten geschlossen waren.

Auch wir Gewerkschaften haben in der Pandemie Handlungsstärke gezeigt und viel für die Menschen durchgesetzt. Es waren der DGB und ganz wesentlich Reiner Hoffmann, die erreicht haben, dass die Folgen der Pandemie mit den Mitteln des Sozialstaats erfolgreich bekämpft werden konnten:

- Kurzarbeitergeld
- Wirtschaftshilfen
- Zusätzliche Kinderkrankentage

Der DGB war immer einbezogen und häufig Initiator politischer Entscheidungen. Sehr sorgsam müssen wir jetzt die politische Entfremdung und Radikalisierung in Teilen der Bevölkerung beobachten. Mit Fake News heizt die antidemokratische Rechtsbewegung die Stimmung gegen unsere Gesamtordnung an. Da muss auch mit Mitteln des Rechtsstaates gegengehalten werden. Und da müssen wir einen Beitrag leisten, indem wir Orientierung geben. Wie dringend die Probleme in der Pandemie im Gesundheitswesen sind, wurde uns drastisch vor Augen geführt.

- Vollkommen unzureichend ausgestattete Gesundheitsämter, die auf den Höhepunkten der verschiedenen Virus-Wellen ihren Aufgaben kaum mehr gerecht werden konnten. Es zeigt sich auch hier: Sparen an der falschen Stelle kommt offenkundig teuer.
- Gleiches gilt für die völlig überlasteten Krankenhäuser und den skandalösen Personalmangel dort. Gerade die Pflegekräfte haben das mit einem ungeheuren persönlichen Einsatz kompensiert.

Das systemrelevante Gesundheitswesen ist unterfinanziert – vielleicht nicht in Summe, aber ganz sicher beim Personal und in der Personalausstattung. Und das muss sich endlich ändern, das werden wir mit Nachdruck einfordern.

Kolleginnen und Kollegen, es gibt so viele große Aufgaben, die sich der weltweiten Staatengemeinschaft stellen.

- Von der Pandemie und der Gesundheitsversorgung
- über die Bekämpfung von Armut und Hunger
- bis zu den existenziellen Fragen des Klimawandels.

Doch nichts ist dringlicher als die Beendigung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Man möchte schreien – man möchte heulen angesichts der Zerstörung, der Zerschlagung unserer Friedensordnung und angesichts der vielen, der viel zu vielen Toten.

Auch von hier rufen wir Putin daher zu: „Im Namen der Menschlichkeit: beenden Sie diesen Krieg! Kommen sie an den Verhandlungstisch und lassen die Waffen ruhen!“

Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschlichkeit. Aber diese systematischen Kriegsverbrechen stehen für vollkommen enthemmte Grausamkeit. Sie zerstören die letzten Grenzen von Moral, Recht und Zivilisation. Die Schuldigen müssen wissen, dass sie niemals sicher sein können, mit ihren Untaten ungeschoren davonkommen zu können. Sie gehören angeklagt vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Wir bekennen uns zu einem vereinten, demokratischen Europa und engagieren uns für eine kontrollierte Abrüstung weltweit. Das bleibt für uns unverhandelbar. Noch nie gab es in der Welt so viele Waffen wie heute. Und noch nie wurde so viel Geld für Waffen ausgegeben. Selbst im Kalten Krieg war die Zahl nuklearer Raketen geringer. Der Krieg in der Ukraine darf uns nicht verführen zu glauben, man könne Frieden mit Waffen schaffen.

Was stattdessen notwendig wäre, liegt auf der Hand:

1. Abkommen zur gegenseitigen Rüstungskontrolle in allen Regionen der Welt,
2. eine neue internationale Initiative zur nuklearen Abrüstung weltweit,
3. eine neue Qualität von Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit schließt faire regelbasierte Handelsabkommen mit ein.

Nur Demokratie, soziale Sicherheit und Menschenrechte schaffen Aggressionen aus der Welt und entziehen Despoten die Grundlage für ihre Allmachtsphantasien.

Aber wenn wir in diesen schweren Stunden für die Ukraine ehrlich mit uns selbst sind, dann müssen wir eingestehen, dass diese Zeit neue Antworten braucht. Dass wir miteinander eine neue Debatte über Frieden, Verteidigung und Rüstungskontrolle führen müssen. Niemand kann heute abschließend beantworten, was genau getan werden muss, um den Frieden in Europa wieder dauerhaft zu sichern. Sicher ist aber, dass wir dafür mehr denn je ein vereintes Europa brauchen. Zweifelsfrei hat die Ukraine jedes Recht auf Selbstverteidigung. Für mich ist es deswegen auch richtig, sie mit Waffenlieferungen zu unterstützen.

Und ich bin froh, dass Deutschland Mitglied eines Sicherheitsbündnisses ist, das uns Schutz gewährt und in dem wir Schutz anbieten können. Ebenso bin ich mir sicher, dass wir unsere Soldatinnen und Soldaten nicht vor Aufgaben stellen dürfen, für die sie nicht ausgerüstet sind. Aber wieviel Ausrüstung und welche Ausrüstung ist notwendig? Wann beginnt eine unkontrollierte Aufrüstung? Dies sind keine quantitativen, sondern qualitative Fragen. Wir müssen sie mit allen darin steckenden Widersprüchen diskutieren. Und wir bleiben ein tragender Teil der Friedensbewegung.

Daher möchte ich in den nächsten Monaten eine Debatte im DGB führen – mit euch, mit unseren Mitgliedern und den Beschäftigten, mit Experten der Friedensbewegung und internationalen Politik. Eine Debatte zu den schwierigen Abwägungsprozessen, vor denen wir alle in Deutschland stehen. Wir haben Respekt vor den Entscheidungen, die die Politik und die Bundesregierung in diesen Tagen zu treffen haben. Aber wir teilen nicht alles, was derzeit auf den Weg gebracht wird.

In unserem leistungsstarken Land für alle kommenden Generationen ein 2-Prozent-Ziel für Verteidigung festzulegen, halte ich für willkürlich und grundfalsch. Die Notwendigkeit einer angemessenen Ausstattung der Bundeswehr darf nicht zum Freifahrtsschein für Militärausgaben werden.

Die Bundesregierung bleibt bisher die konkrete Antwort schuldig, wie genau das Sondervermögen genutzt werden soll. Und vor allem, wie die 100 Milliarden aufgebracht werden sollen, von denen die Rede ist. Durch Schulden ja - aber wer kommt zukünftig dafür auf?

Für uns Gewerkschaften ist klar: Diese Kosten dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden! Unsere Leute tragen schon genug Lasten. Die Bundesregierung muss Wort halten. Zusätzliche Ausgaben für Verteidigung und Friedenssicherung dürfen nicht zulasten der dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation gehen. Und sie dürfen auch nicht zulasten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, und unser Respekt und unsere Solidarität gehören auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig gegen diesen Krieg stellen und damit wissentlich Verfolgung und Repression in Kauf nehmen. In Belarus tobt aktuell eine schreckliche Verhaftungswelle gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wir fordern die Regierung in Belarus auf, alle unsere Kolleginnen und Kollegen sofort freizulassen und die Zerschlagung der Gewerkschaften zu beenden!

Denn wer weiß besser als wir: Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine freie Gesellschaft! Wie können es diese Despoten wagen, sich zum Fürsprecher der arbeitenden Bevölkerung zu machen?! Herr Lukaschenko – auch ihre Verbrechen gehören vor dem internationalen Gerichtshof angeklagt.

In Stunden der Not zeigt sich die Stärke der Solidarität immer wieder von neuem. Ich bin tief bewegt und dankbar für all die Hilfe, die unsere Mitglieder, die viele von euch den Menschen aus der Ukraine geleistet haben. Wo möglich vor Ort, aber auch hier bei uns. Wir haben Hilfskonvois organisiert, Spenden gesammelt und die Türen unserer Schulen geöffnet. Und das sind nur ganz wenige von so vielen Beispielen. Dafür ein herzliches Danke!

Wir leben in Zeiten, in denen man sich als einzelne Person schon verloren fühlen kann.

- Krieg, Klimawandel, politischer Extremismus.
- Dazu Leistungsdruck und immer neue Herausforderungen am Arbeitsplatz.

Gerade in solchen Zeiten werden Gewerkschaften gebraucht – als Schutzmacht in Krisen und bei Fehlentwicklungen in der Politik. Wir werden gebraucht als Gestalterin einer guten Neuen Arbeitswelt. Und wir werden gebraucht als Lotsen für eine gute Gesellschaft. Egoismus und Gegeneinander, das wollen am Ende die wenigsten. Aber es muss einen Raum geben, in dem sich Gemeinwohl und das Miteinander entfalten und durchsetzen kann. Dafür ist Gewerkschaft der beste Platz. Wir sind nicht ohnmächtig, sondern zuversichtlich und gestaltungsfähig.

Wir sind Hoffnungsträger:

- Hoffnungsträger, dass die sozial-ökologische Transformation als Projekt der Solidarität funktioniert und sozial gerecht gestaltet werden kann.
- Hoffnungsträger, dass Gute Arbeit die Regel und nicht die Ausnahme in einer Wettbewerbswirtschaft ist.
- Hoffnungsträger, dass demokratisches Miteinander, Respekt und Toleranz das gesellschaftliche Klima bestimmen – statt Egoismus, Gegeneinander und das Recht des Stärkeren.
- Hoffnungsträger für Bildungsgerechtigkeit, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit.
- Hoffnungsträger, dass Politik und Wirtschaft die richtigen Lehren aus den jüngsten Krisen ziehen. Indem sie unsere Gesellschaft und unsere Wertschöpfungsketten widerstandsfähiger gegen solche Schläge aufstellen.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind ein starkes, neues Team. Und noch nie waren so viele Frauen in den Bezirken und im GBV in Führungspositionen. Das ist Fortschritt und Verpflichtung zugleich!

Wir laden dazu ein, in und mit den deutschen Gewerkschaften unsere Gesellschaft und Wirtschaft so umzubauen, dass in der Transformation mehr Arbeits- und Lebensqualität für alle erreicht wird. Wir haben die Kraft, Großes zu bewegen. Wir haben die Kraft für einen neuen, kämpferischen Aufbruch in den Zeiten des Umbruchs. Wir haben die Kraft, Menschen für unsere Werte, für unser Handeln und für unsere Gewerkschaftsbewegung zu begeistern.

- Wir gestalten Zukunft!
- Solidarisch und gerecht.
- Mit Selbstvertrauen und Zuversicht.

Glückauf!